



Polen-Pressespiegel 19/2022 vom 12.05.2022

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Janusz A. Majcherek: Hüte dich, Ukraine, vor der PiS-Phalanx
- Tusk: Ich habe eine Frage an Kaczyński. Schämt er sich nicht, dass Ziobro an der Macht ist?
- Der böse Putin und die guten Russen, oder wie man die Illusionen mancher westlichen Politiker zerstreuen kann
- Umfrage: Polen meinen, dass Panzer und schwere Artillerie an die Ukraine geliefert werden sollten
- Franziskus - Putin. Und was ist das für ein Tumult?
- Eine schwache Stimme der Frauen in der polnischen Wirtschaft. Der Westen hat uns überholt

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Janusz A. Majcherek: Hüte dich, Ukraine, vor der PiS-Phalanx



Quelle: wiadomo.co

Ein Kommentar von Janusz A. Majcherek

Mateusz Morawieckis Verunglimpfungen europäischer Politiker wegen ihrer angeblichen Zögerlichkeit bei der Unterstützung der Ukraine und der Verhängung von Sanktionen gegen Russland lassen keinen Zweifel daran, dass das Drama der Ukrainer von den Funktionären der polnischen Regierung als politisches Gold behandelt wird, mit dem sie sich als die Allergerechtesten unter den Gerechten präsentieren können. Jedoch sind es weiterhin dieselben Schurken, die das Rechtssystem und die Rechtsstaatlichkeit in dem von ihnen regierten Land demontieren. Ein Bündnis mit solchen Verbündeten ist für die Ukrainer höchst riskant, da sie Gefahr laufen, ähnlichen Neigungen verdächtigt zu werden. Die Haltung von Viktor Orbán und anderen Pro-Putin-Rechtspopulisten schafft einen Kontrast, gegen den die polnischen Anti-Putin-Rechtspopulisten einen positiven Eindruck hinterlassen könnten. Für die Polen, die die PiS-Regierung so lange ertragen müssen, bis sie sie absetzen können, könnte dies jedoch schlimme Folgen haben. Bereits nach der Reise Morawieckis mit Kaczyński nach Kiew wurden zaghafte Warnungen an Selenskyj laut, dass er durch eine zu enge Verbindung mit solchen selbst ernannten Verbündeten Gefahr laufe, in den Verdacht zu geraten, ihnen in seinen Ansichten nahezustehen, auch in Bezug auf die Europäische Union, die er so sehnlichst anstrebt und die diese so sehr verabscheuen. Ihm und der Ukraine wohlgesonnene Kommentatoren befürchteten, dass innerhalb der meinungsbildenden und entscheidungstragenden Kreise der EU Selenskyjs lobende Anmerkungen gegenüber den PiS-Machthabern in Polen als Ankündigung gesehen werden könnten, ihnen nachzueifern oder ihnen Hand in Hand zu folgen, die Ukraine also im Falle eines Beitritts der EU Ärger bereitet. Und das könnte den ohnehin unsicheren Willen zum Beitritt schwächen.

Immerhin ist Polen ein Land, das derzeit von EU-Institutionen damit bestraft wird, dass Finanzmittel in Höhe von mehreren Milliarden Euro nicht ausgezahlt werden, weil es gegen die EU-Rechtsvorschriften verstoßen hat. Die Ukraine wird einen vergleichbaren Umfang an Unterstützung benötigen, um das Land nach einem verheerenden Krieg wiederaufzubauen. Der leiseste Verdacht, dass diese Gelder von korrupten Politikern wie in Ungarn angeeignet oder wie in Polen zum Aufbau eines gesetzlosen Staates verwendet werden könnten, könnte die Bereitschaft von EU-Politikern und -Beamten schwächen, diese Unterstützung zu leisten.

Zum Glück für die Ukrainer - auch wenn es paradox erscheint - räumt Orbán mit seiner Pro-Putin-Haltung jeden Verdacht aus, dass Selenskyj in dessen Fußstapfen treten könnte. Die empörende und peinliche Erklärung des ungarischen Autokraten, der Selenskyj zu seinen politischen Feinden zählt, hat Letzterem gutgetan, indem sie den Ersteren in Misskredit brachte. Es ist besser, einen solchen Schuft nicht als Verbündeten zu haben, besser ist es, wenn Putin ihn auf seiner Seite hat. Aber die freundschaftlichen Beziehungen des ukrainischen Präsidenten zu Duda und Morawiecki lassen vermuten, dass er sie als Mentoren und Leitfiguren sieht.

Die PiS-Phalanx, die Selenskyj und die Ukrainer in die Salons der Europäischen Union einführt? Sie sollten sich mit aller Kraft gegen diese absurde Illusion wehren. Die PiS-Machthaber Polens sind nicht nur mit der Europäischen Union und ihren führenden Politikern zerstritten, sondern zeigen auch eine zunehmend feindselige Haltung gegenüber der EU und nutzen das Drama in der Ukraine als Grundlage für ihre Propagandaangriffe. Ein polnischer Regierungsminister fordert die Aussetzung der Zahlungen des Mitgliedsbeitrags an die EU, was einen weiteren Schritt im laufenden Prozess des Austritts aus der EU darstellen würde.

Aber die Beteiligung an der Hilfe für die Ukraine und die Ukrainer - übrigens eher von Seiten der polnischen Bürger als der staatlichen Behörden - könnte den PiS-Politikern helfen, ihr Image zu verbessern.

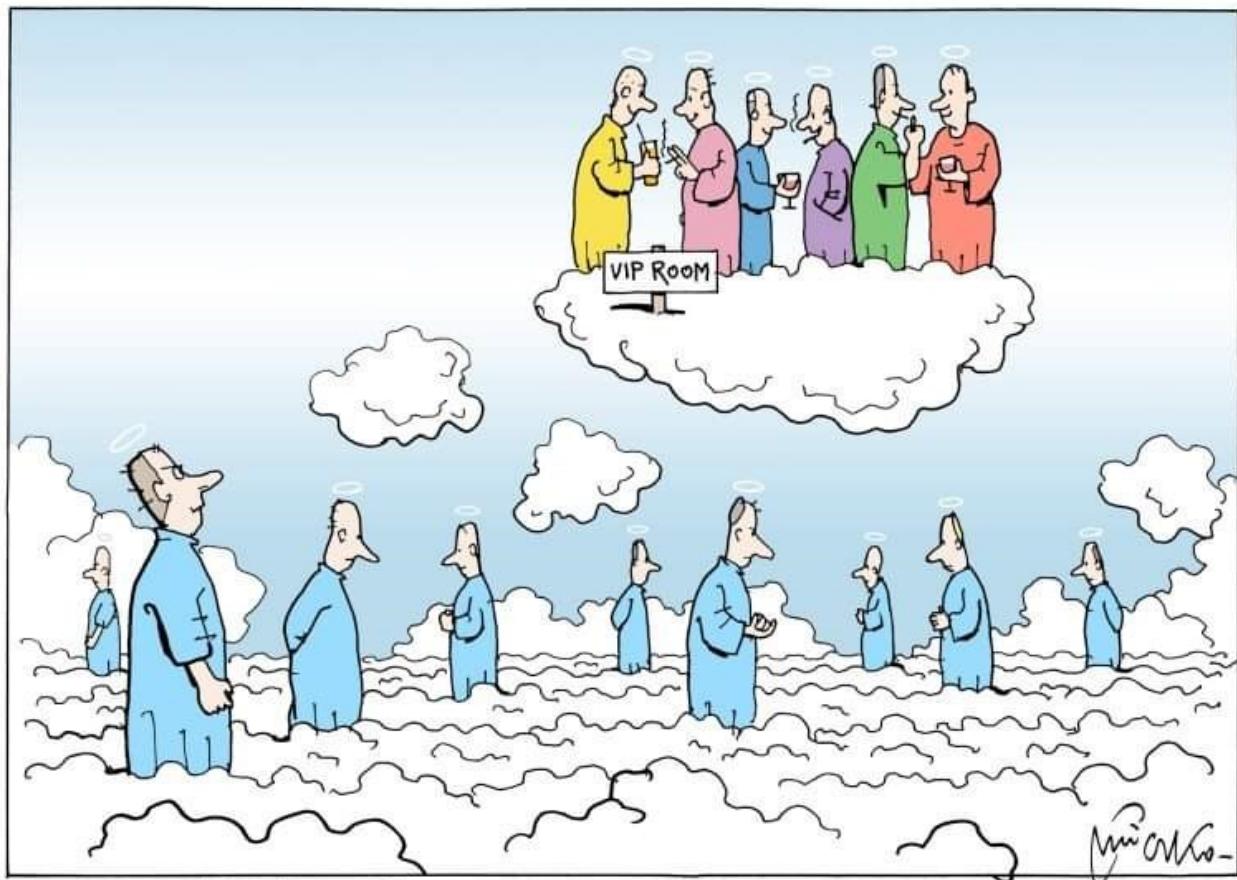
Angesichts der Aggression Putins könnten Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in Polen bagatellisiert werden. Zumal Orbán durch seine Pro-Putin-Haltung zum Außenseiter wird und zur Ächtung verurteilt ist. Daher werden diejenigen, die Putin nachahmen und ihn gleichzeitig verurteilen und zum Kampf gegen ihn aufrufen, möglicherweise besser behandelt als diejenigen, die ihn nachahmen und nicht gegen ihn kämpfen. Die Kumpanei der PiS mit der Fidesz wird vergessen oder ignoriert werden. Eine möglichst enge Annäherung an Selenskyj und die Ukraine ist daher für Kaczyński und die PiS von Vorteil, vor allem was das Image betrifft. Für Selenskyj und die Ukraine ist die Annäherung an Duda und die PiS genau das Gegenteil.

Das Gleiche gilt für die Polen, die immer noch träumen von der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, der Gewaltenteilung, der verfassungsmäßigen Kontrolle, der Unabhängigkeit der Justiz, eines unparteiischen öffentlichen Dienstes, der vollen Rechte und bürgerlichen Freiheiten in ihrem Land.

Wenn die Hilfe und Unterstützung der Polen für die Ukraine und die Ukrainer von der Europäischen Union als Vorwand dafür angesehen werden sollte, der PiS-Regierung ihre notorischen Verstöße gegen europäische Standards und Regeln zu verzeihen, wird sich die Lage für die Polen weiter verschlechtern. Auch wenn einige Oppositionspolitiker der Meinung sind, dass es „zum Wohle der Polen“ notwendig sei, die Tricks der PiS mit der Disziplinarkammer zu unterstützen, um die Europäische Union dazu zu bewegen, Polens Finanzierung aus dem Nationalen Wiederaufbauplan freizugeben.

Zsfg.: AV

<https://wiadomo.co/janusz-a-majcherek-strzez-sie-ukraino-pisowskiej-falangi/>



www.mleczko.pl

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Tusk: Ich habe eine Frage an Kaczyński. Schämt er sich nicht, dass Ziobro an der Macht ist?



©AGENCJA wyborcza.pl

Quelle: [gazeta.pl](#)

Tusk wurde zu dem Misstrauensantrag gegen Zbigniew Ziobro befragt, den er am 1. Mai angekündigt hatte und der unter anderem mit den Strafen zusammenhängt, die Polen für die Arbeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs auferlegt wurden, deren Auflösung sich aufgrund des Widerstands von *Solidarna Polska* verzögert.

„Wir verlieren jeden Tag sehr viel Geld. Allein die von der EU verhängten Bußgelder für die Nichteinhaltung des europäischen Rechts werden sich bald auf eine halbe Milliarde Zloty belaufen. Anstatt 700 Milliarden Zloty zu erhalten (aus dem Wiederaufbaufonds und dem EU-Haushalt - Anm. d. Red.), was ich wiederholt gesagt habe, müssen wir jetzt die Wirtschaft subventionieren, weil Herr Ziobro nicht nur darauf bestanden hat, unser Rechtssystem zu zerstören, sondern darüber hinaus auch noch europäische Gelder blockiert und immer noch Strafen verursacht“, sagte der Vorsitzende der Bürgerplattform.

„Ich finde keine Worte mehr. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, einen Misstrauensantrag gegen Minister Ziobro vorzubereiten. Es geht nicht um Minister Ziobro selbst. Ich habe nie Erwartungen an ihn gehabt und habe sie auch nicht. Gefühlsmäßig ist er mir völlig gleichgültig. Aber wir alle haben das Nachsehen“, fügte er hinzu.

„Die Sturheit von Minister Ziobro und des gesamten Regierungslagers führt dazu, dass wir jeden Monat diese Milliarden von Zloty verlieren. Und das ist etwas wirklich Unverzeihliches“, sagte Tusk.

„Ich habe auch eine Frage an den Vorsitzenden Jarosław Kaczyński persönlich: Schämt er sich nicht, dass in Wirklichkeit Ziobro Polen regiert, mit sehr schlechten Ergebnissen und dass Kaczyński in diesen Angelegenheiten nichts zu sagen hat? Es ist rätselhaft, warum in absolut wichtigen Fragen Entscheidungen

von Herrn Ziobro getroffen werden, während Kaczyński nichts zu sagen hat“, sagte der ehemalige Premierminister.

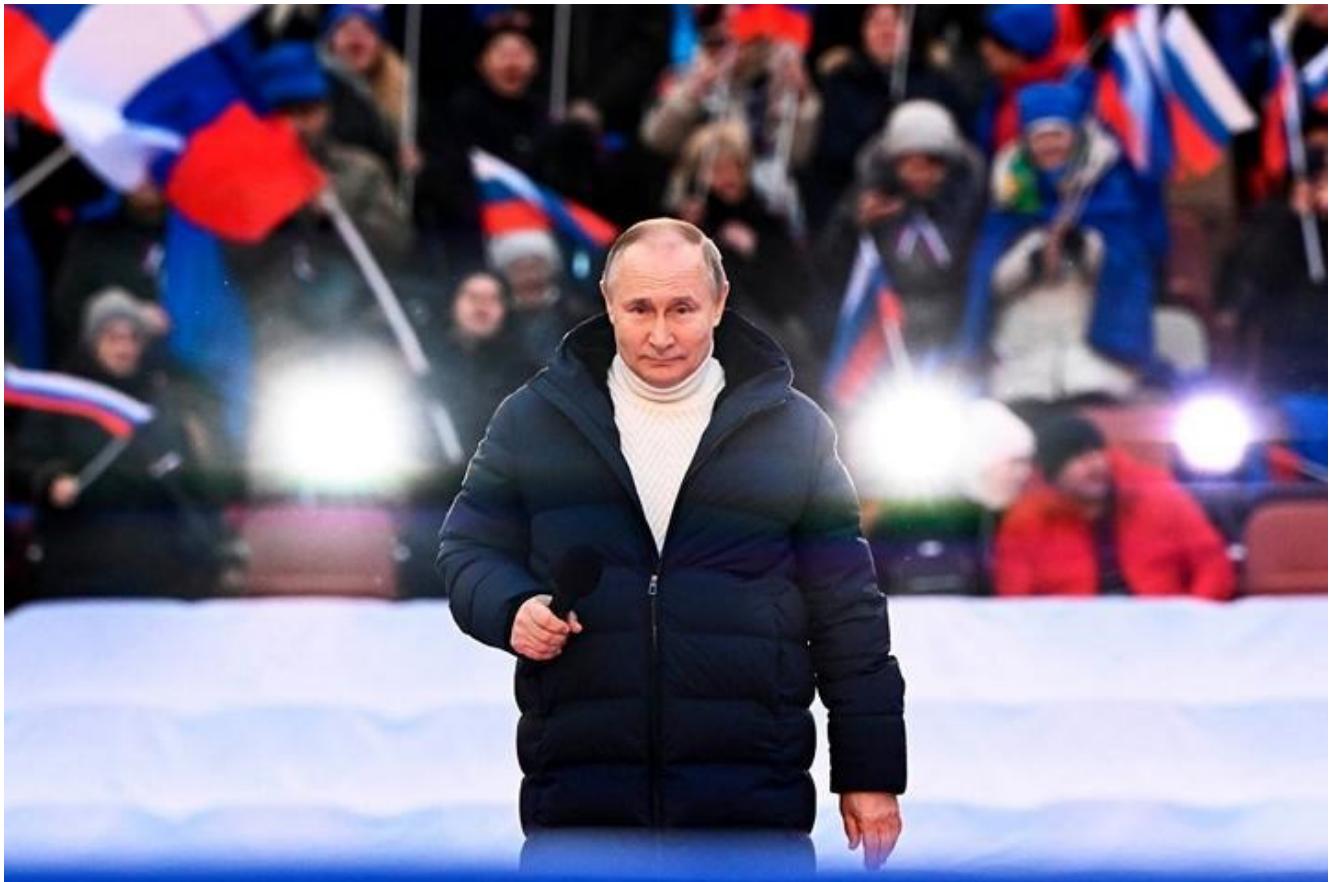
„Jeder, der Minister Ziobro in diesem Moment verteidigt, verteidigt seine sehr gefährlichen Ideen. Den faktischen Austritt aus der EU, denn Ziobro macht keinen Hehl mehr daraus, wenn er sagt: Lasst uns den Beitrag zur EU nicht zahlen, lasst uns die europäischen Verträge nicht einhalten. Das ist ein ernstes Problem, denn es könnte zu einer historischen Katastrophe führen. Seine Politik kann dazu führen, dass wir aus der EU austreten“, warnte Tusk ebenfalls.

„Ich hoffe, dass wir vor der nächsten Sitzung des Sejms einen Antrag (auf ein Misstrauensvotum gegen Ziobro) einreichen werden. Vielleicht wird es einige Mitglieder der PiS geben, die sagen, dass das Schicksal der polnischen Familien wichtiger ist als die Launen von Minister Ziobro“, schloss er.

Zsfg.: JP

<https://www.rp.pl/polityka/art36227271-tusk-mam-pytanie-do-kaczynskiego-czy-nie-jest-mu-wstyd-ze-rzadzi-ziobro>

Der böse Putin und die guten Russen, oder wie man die Illusionen mancher westlichen Politiker zerstreuen kann



Quelle: wyborcza.pl

Es scheint, dass nach der Aggression gegen die Ukraine die Politik der Besänftigung der russischen Führung, der Geschäftsbeziehungen und des partnerschaftlichen Umgangs mit ihnen nicht mehr möglich ist. Was aber, wenn die Ausnützung nur vorübergehend ist?

Dr. Tomasz Wawak ist Politikwissenschaftler und Koordinator des Instituts Strategie 2050 in der Woiwodschaft Schlesien, einer Denkfabrik, die im Rahmen der Bewegung Polen 2050 tätig ist.

Im kollektiven Gedächtnis der Westeuropäer - ganz anders als in Polen - existiert das Bild des russischen Kriegsverbrechers in der Regel nicht. Dafür gibt es einen historischen Grund. In den großen Konflikten der vergangenen zwei Jahrhunderte stand Russland oft auf der Seite der „Guten“. Zunächst half es Österreich, Preußen und Großbritannien, das „Monster“ Napoleon zu besiegen, dass aus dem Chaos der Französischen Revolution hervorging, und versuchte, die traditionelle Ordnung zu zerstören. Dann bewachte es die „Heilige Allianz“, indem sie über diese Ordnung wachte und den deutschen Herrschern half, die Aufstände ihrer Untertanen zu befrieden.

Ja, es gab eine Zeit, in der Frankreich und England während des Krimkriegs gemeinsam gegen das Russische Reich kämpften, aber das bedeutete nicht, dass das Zarenland auf der internationalen Bühne lange allein bleiben würde. Im Jahr 1873 kam es zu einem Bündnis der drei Kaiser, das eine Rückkehr zur „Heiligen Allianz“ darstellen sollte. Als jedoch deutlich wurde, dass die Interessen Russlands und

Deutschlands auseinandergingen, wandte sich Russland lange Zeit Großbritannien und Frankreich zu und gründete gemeinsam mit ihnen den Dreibund, der bis zur Oktoberrevolution Bestand hatte. Es ist möglich, dass die westlichen Alliierten ohne die Beteiligung der zaristischen Truppen an der Ostfront den Ansturm der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg nicht überlebt hätten. So war das Russische Reich im 19. Jahrhundert ein wichtiger Teil der europäischen Ordnung und ein gleichberechtigter Partner der westlichen Großmächte.

Kapitalisten beeilen sich, einen Strick anzubieten

Nach der Revolution von 1917 war es nicht anders. Nach einer kurzen Phase der bewaffneten Intervention der Alliierten im bürgerkriegsgeplagten Russland investierte der Westen in den bolschewistischen Staat. Aus dieser Zeit stammt der Lenin zugeschriebene Ausspruch, dass „die Kapitalisten uns den Strick verkaufen werden, an dem wir sie aufhängen“.

Die Bemühungen der Sowjetunion, Hitlerdeutschland zu besiegen, setzen die Geschichte fort. Das Leben von Millionen sowjetischer Soldaten und Zivilisten wurde auf diesem Altar geopfert, und das Bewusstsein für die Verantwortung der Deutschen für diese Ereignisse hat sich für immer in das kollektive Gedächtnis unserer westlichen Nachbarn eingebrannt. Ein weiteres Opfer war die Souveränität der mitteleuropäischen Länder und die Akzeptanz einer für sie fatalen neuen Ordnung durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die im Bündnis mit der UdSSR blieben.

Russland verstand es, die Rolle eines Partners des Westens zu spielen, und dies, obwohl das Bild des ungehobelten Russen oder des östlichen Barbaren in den europäischen Salons und Zeitungen nicht selten auftauchte. Es gab Zeiten, in denen am britischen Hof mit Furcht von der Rücksichtslosigkeit Nikolaus I. gesprochen wurde, und in den USA wurden nach beiden Weltkriegen Kampagnen gegen die „Roten“ geführt. Aber wenn ein fremdes Reich weit weg ist, ist es unmöglich, ständig von seinen Absichten beunruhigt zu sein, und die Befürchtungen verlieren mit der Zeit ihre Kraft und Bedeutung.

Kommunismus und Russland sind nicht dasselbe?

Der Kalte Krieg war die erste Periode, in der Russland so lange in Opposition zum Westen als Ganzem stand. Es war ein Konflikt zwischen zwei verschiedenen politischen Systemen und gegensätzlichen Ideologien. Hier sind jedoch zwei Vorbehalte wichtig. Erstens mag die UdSSR einigen als etwas ganz Anderes erschienen sein als Russland vor 1917. Nicht jeder, wie Richard Pipes, sah die Sowjets als Kulturrussen und die Sowjetunion als Fortsetzung des Zarenreichs. Pipes, geboren in Cieszyn, schrieb in der Einleitung zu einer Auswahl von Essays, Russland, Kommunismus und die Welt, dass „ich als ein Mann, der in einem Nachbarland Russlands geboren wurde, von den romantischen Illusionen über dieses große Land verschont geblieben bin, die bei Menschen, die tausende von Kilometern entfernt leben, so üblich sind“.

Einige meinten, dass nur die Ideologie des Kommunismus und die Führer der UdSSR böse seien und dass die Russen, sobald sie von der Unterdrückung durch ihr repressives Regime befreit seien, sich den anderen freien Nationen anschließen würden. Dieser Glaube war im Westen besonders stark, als die Sowjetunion im Niedergang begriffen war und die Russen nach 1991 in eine neue Ära ihrer Staatlichkeit eintraten. Es ist zu bezweifeln, dass diese Geschichte am 24. Februar 2022 endgültig zu Ende geht.

Die unbequeme Wahrheit der Dissidenten

Auffallend ist auch die Langsamkeit, mit der die Wahrheit über die Realität in der UdSSR die westlichen Gesellschaften erreichte. 1973 erschien in Paris die erste Ausgabe von Alexander Solschenizyns *Der Archipel Gulag*. Wie Tony Judt in seinem Buch *Postwar* schrieb, „bestand die Ironie darin, wie Solschenizyn selbst einräumte, dass die Botschaft dieses Romans - dass der real existierende Sozialismus ein barbarischer Betrug ist, eine totalitäre Diktatur, die auf einer Grundlage von Sklavenarbeit und Massenmord beruht - kaum etwas Neues war“.

In der Tat hatten schon vor Solschenizyn viele über die im Osten begangenen Verbrechen geschrieben, und die Bücher der in Frankreich oder Großbritannien lebenden Emigranten hinter dem Eisernen Vorhang wurden nicht im Geheimen veröffentlicht. Allerdings erfreuten sie sich auch nicht gerade großer Beliebtheit, und es gab Jahre, in denen die darin enthaltenen Thesen von einigen moralischen Autoritäten bekämpft wurden. Ein gutes Beispiel dafür ist das Schicksal des Autors von *Verführtes Denken*, Czesław Miłosz,

dessen Leben und Werk vom Guru der französischen radikalen Linken, Jean-Paul Sartre, selbst erschwert wurde. Für die Menschen in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang war es sehr schwierig, in der westlichen Öffentlichkeit Gehör zu finden.

Stalin war nicht die Ursache, sondern die Wirkung

Die Perspektive der Mitteleuropäer ist mit der historischen Erfahrung verbunden, in einem Gebiet zu leben, in den jahrhundertelangen Armeen aus dem Osten einmarschierten und Herrscher aus dem fernen Moskau die kleineren Nationen regierten und ihre Eliten von Zeit zu Zeit ausschalteten. Diese Länder haben eine westliche Kultur übernommen, die auf der Achtung des Gesetzes und internationaler Verträge beruht. In der russischen Vorstellung von Politik sind dies nur Papierfetzen, die die vorübergehende Unvorbereitetheit auf die Erreichung eines zuvor gewählten Ziels mit roher Gewalt überdecken sollen.

Einer der größten Mythen über Russland ist, dass die Ursache des Übels ein schlechter Führer ist. Das war einmal Stalin, dessen Politik nicht mehr zu verteidigen war, als sein Nachfolger Chruschtschow sie in ihrem Kern entlarvte. Im Westen haben jedoch nur wenige Menschen erkannt, dass nicht Stalin dieses System geschaffen hat, sondern die politische Kultur Russlands, die den Stalinismus hervorbrachte. Ohne den politischen Boden, der jahrhundertlang durch eine Tradition des Betrugs, der Rücksichtslosigkeit und der Gewalt gedünkt wurde, hätte es keine Parteisäuberungen alle paar Jahre gegeben, keine große Hungersnot in der Ukraine, keine Molotow-Außenpolitik und kein Massaker von Katyń.

Es scheint, dass wir in den letzten Jahren ein ähnliches Missverständnis in Bezug auf Putins Russland erlebt haben. Die meisten westlichen Politiker und Gesellschaften ignorierten die Nachrichten über die von den Russen nach dem Zusammenbruch der UdSSR begangenen Verbrechen. In den 1990er und frühen 2000er Jahren war es üblich, von der Notwendigkeit einer Annäherung zwischen der NATO und der Europäischen Union und Russland zu sprechen. Aus psychologischer Sicht war dies verständlich, da beide Seiten nach Jahrzehntelangen Spannungen einen Neustart benötigten. Leider hat die eine Seite dies zynisch ausgenutzt und ein Imperium aufgebaut, während sie vorgab, dies nicht zu tun.

Die Rückkehr des russischen Terrors

Das Ende der kommunistischen Ära bedeutete für Russland jedoch nicht das Ende der Gewalt. Die Kriegsverbrechen während des Tschetschenienkriegs, die Attentate auf Politkowskaja, Litwinenko, Nemzow, Skripal und Nawalny, die Aggression gegen Georgien im Jahr 2008, die Einnahme der Krim und des Donbass im Jahr 2014, die im Namen des Kremls begangenen Verbrechen im Internet - die Liste ist wirklich lang.

Und trotz alledem ist die Unterstützung der Russen für die Politik ihres Landes nach wie vor groß. Mehr als 80 Prozent der Russen haben die Annexion der Krim unterstützt, und in den letzten Wochen haben ebenfalls 80 Prozent der Bürger die Politik von Wladimir Putin positiv bewertet (eine Umfrage des staatlichen Zentrums für Meinungsforschung WCIOM und eine Umfrage des unabhängigen Levada-Instituts, zitiert auf Euractive.de). Und dies trotz eines Systems von Gefängnissen und Gulags, weit verbreiteter Gewalt bei Militär, systembedingter Korruption und einer oligarchischen Wirtschaft. Kann es einen Zweifel daran geben, dass es sich nicht nur um einen schlechten Menschen handelt, sondern um die nationale Kultur, aus der er hervorgeht?

Mitteleuropa versucht, Westeuropa zu überzeugen

Die Unterschiede in der Wahrnehmung Russlands und der Russen sind wahrscheinlich weitgehend durch die westliche oder mitteleuropäische Perspektive beeinflusst. Bei Ersterem geht es vor allem um wirtschaftliche Interessen, bei Letzterem um ein grundlegendes Lebensgefühl und nationale Sicherheit. Glücklicherweise gibt es mehrere Bereiche, in denen ein konstruktiver Dialog mit einem Teil der schwankenden und innerlich gespaltenen westlichen Gesellschaften möglich ist.

Die Sprache der Überzeugung darf jedoch nicht aus einem Gefühl der moralischen Überlegenheit herauskommen. Dies ist in der Regel kontraproduktiv. Stattdessen akzeptiert ein großer Teil der westlichen öffentlichen Meinung die Sprache des politischen Liberalismus, verstanden als Bekenntnis zum Recht des Einzelnen und der Gesellschaft, nach ihren eigenen Absichten und Werten zu leben. Diese Art, über die Welt zu denken, steht in völligem Widerspruch zur politischen Kultur Russlands, wie sich derzeit daran zeigt, dass in der vom Krieg gezeichneten Ukraine alle Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Das

Argument der notwendigen Verteidigung dieser Rechte sollte zu einer noch stärkeren militärischen, politischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine führen und Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien dazu veranlassen, sich von Russland zu distanzieren. Zumal es in vielen Gesellschaften ein erhebliches Unterstützungsangebot für ein mutigeres Vorgehen gibt, wie z.B. Meinungsumfragen in Deutschland zeigen, ganz zu schweigen von der Stimmung in Schweden oder Finnland in Bezug auf einen NATO-Beitritt.

Die Sprache der Menschenrechte ist die Sprache, die West- und Mitteleuropa verbindet. Die Maßnahmen der polnischen politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Elite sollten gemeinsam mit denjenigen ergriffen werden, die unsere Ansichten über die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland und die Erhöhung der Militärhilfe für die Ukraine teilen. Plakatkampagnen der Regierung sind nicht ausreichend. Es sind breit angelegte Medienkampagnen erforderlich, an denen Meinungsführer und Einflussnehmer aus allen europäischen Ländern vom Bug bis zum Atlantik und von Skandinavien bis zur Apenninhalbinsel beteiligt sind.

„Jeder Dollar, der für russisches Öl ausgegeben wird, trägt dazu bei, den Artilleriebeschuss auf ukrainische Zivilisten zu finanzieren“, schrieb Anne Applebaum kürzlich („There is no liberal world order“, Website *The Atlantic*). Im Bereich der Energiewende sollte die Solidarität im Rahmen der Europäischen Union erfolgen. Gemeinsam haben die Länder West- und Mitteleuropas die Möglichkeit, sich von russischen Rohstoffen unabhängig zu machen und damit einen Prozess zu beschleunigen, der schließlich der wichtigste Teil der Agenda dieser Wahlperiode der europäischen Institutionen war.

Obwohl wir in Mitteleuropa mit unserer Einschätzung des russischen Vorgehens richtiglagen, sollten wir nicht in einen moralischen Triumphalismus gegenüber unseren westlichen Verbündeten verfallen. Ihre mehrere Jahrhunderte dauernde Haltung gegenüber der östlichen Supermacht ist verständlich, wenn man die geografische Entfernung, das Gleichgewicht der Kräfte in Europa und der Welt oder die wirtschaftliche Vernunft berücksichtigt.

Wie man die Veränderung dauerhaft macht

Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem die polnische (und allgemein die mitteleuropäische) Staatsraison darin besteht, möglichst viele westliche Politiker und Gesellschaften davon zu überzeugen, dass eine Änderung der Politik gegenüber Russland nicht bedeuten kann, den derzeitigen Kurs für ein paar Monate aufzugeben.

Sicherlich gibt die Geschichte keinen Anlass zu allzu großem Optimismus, was die Dauerhaftigkeit eines solchen Wandels angeht, aber wenn Polen und andere Länder der Region beharrlich darauf hinarbeiten, können sie viel gewinnen. Eine langfristige Schwächung des russischen Staates ist möglich, setzt aber voraus, dass der Westen begreift, dass die Verbrechen in Mariupol, Bucza, Irpin nicht nur „Putins Verbrechen“ sind, sondern das Ergebnis einer jahrhundertelangen politischen und militärischen Tradition der Missachtung von Menschenleben. Und dass es auch nach dem Sturz des derzeitigen Regimes kein demokratisches Regime in Russland geben wird und die Einbeziehung der Russen in das westliche System der internationalen Sicherheit eine absurde Idee ist, die in einer weiteren Täuschung des Westens und weiteren Gewaltakten gegen Nachbarn enden muss.

Heute brauchen die westlichen Länder Russland nicht mehr, um einen Krieg zu gewinnen oder die Ordnung in Europa aufrechtzuerhalten, wie es in den vergangenen drei Jahrhunderten mehrmals der Fall war. Außerdem ist heute klar, dass das Eingehen von „Partnerschaft“-Vereinbarungen mit Russland die Konsolidierung der autoritären Macht begünstigt. Mit der Zeit entwickelt sich die zu einer neuen Form des Totalitarismus, der seinen Einflussbereich immer aggressiver ausweitet. Die Beispiele des Budapest Memorandums und der Minsker Vereinbarungen sind gute Beispiele dafür, wie eine solche Beschwichtigungspolitik mit der Zeit zu einer weiteren Eskalation der militärischen Aggression führt. Es muss die Aufgabe Polens und anderer Staaten der Region sein, die westeuropäischen Eliten und Gesellschaften dafür zu sensibilisieren, dass wir am Ende alle Verlierer sind, wenn wir getäuscht und betrogen werden.

Zsfg.: JP

Umfrage: Polen meinen, dass Panzer und schwere Artillerie an die Ukraine geliefert werden sollten



Quelle: [bankier.pl](#)

„Sollten die NATO-Länder schwere Offensivwaffen (Panzer, schwere Artillerie) an die Ukraine liefern?“ - so lautete die Frage, die wir den Teilnehmern einer Umfrage von SW Research für rp.pl gestellt haben. Der polnische Rundfunk berichtete am Freitag, Polen habe der Ukraine rund 200 T-72-Panzer und Dutzende gepanzerte Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. Die polnische Regierung hat die Zahlen nicht offiziell bestätigt, aber Beamte haben bestätigt, dass schweres Gerät aus Polen in der Ukraine eingetroffen ist. Zuvor hatte die Tschechische Republik T-72-Panzer an die Ukraine übergeben, und auch Slowenien soll bereit sein, diese postsowjetischen Panzer an die gegen Russland kämpfende Ukraine zu übergeben, die im Gegenzug deutsche Panzerfahrzeuge erhalten soll.

Die Vereinigten Staaten stellen der Ukraine seit einiger Zeit schwere Artillerie zur Verfügung, und auch Kanada hat seine Absicht erklärt, der Ukraine solche Artillerie zu liefern. Die Slowakei wiederum soll bereit sein, ihre MiG-29-Kampfflugzeuge an die Ukraine abzugeben - im Gegenzug soll Polen den slowakischen Luftraum schützen, bis die Slowakei ihren Vertrag über den Kauf amerikanischer F-16-Kampfflugzeuge realisiert hat. Gepanzerte Fahrzeuge werden vom Vereinigten Königreich an die Ukraine geliefert. Die Leiterin des britischen Außenministeriums, Liz Truss, sprach sich dafür aus, dass der Westen schwere Waffen, darunter Panzer und Flugzeuge, an die Ukraine liefern sollte.

In der ersten Phase des Krieges mit Russland beschränkten sich die Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine auf leichte Verteidigungswaffen - tragbare Panzer- und Flugabwehrbausätze und Munition. Nachdem die russische Offensive auf Kiew gescheitert ist und Moskau mit den Vorbereitungen für eine Offensive in der Ost- und Südukraine begonnen hat (die am 19. April eingeleitet wurde), hat sich die Politik in Bezug auf Waffenlieferungen an das Land, das gegen Russland kämpft, jedoch geändert. US-Präsident Joe Biden hat vor Kurzem den Kongress um 33 Milliarden Dollar an Hilfe für die Ukraine gebeten - darunter 20 Milliarden Dollar an Militärhilfe für das Land.

In einer Umfrage von SW Research für rp.pl wurden die Teilnehmer gefragt, ob sie der Meinung sind, dass die NATO-Länder der Ukraine schwere Offensivwaffen liefern sollten. Diese Frage wurde von 64,5 % der Befragten mit „Ja“ beantwortet.

„Die Unterstützung der Ukraine mit schweren Angriffswaffen wird von Männern (68%) häufiger befürwortet als von Frauen (61%). Berücksichtigt man das Alter der Befragten, so sind ältere Befragte über 35 Jahre eher bereit, die Idee zu unterstützen (2/3 von ihnen). Die Weitergabe von Waffen wie Panzern oder schwerer Artillerie durch NATO-Mitglieder wird von 7 von 10 Personen mit Berufsausbildung und einem etwas höheren Prozentsatz (72%) der Befragten mit einem Einkommen zwischen 2001 und 3000 PLN netto für richtig gehalten. Mehr als 3 von 4 Personen (77%) aus Städten mit weniger als 20 000 Einwohnern sind für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine“, kommentiert Adrian Wróblewski, Leiter der Analyseabteilung von SW Research.

Zsfg.: AV

<https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art36214631-sondaz-polacy-uwazaja-ze-ukrainie-nalezy-dostarczac-czolgi-i-ciezka-artylarie>

Franziskus - Putin. Und was ist das für ein Tumult?



Quelle: polityka.pl

Ein Kommentar von *Jan Hartman*

Seit dem Beginn des russischen Einmarsches in der Ukraine wird jedes Wort von Papst Franziskus oder Jorge Mario Bergoglio mit einer unappetitlichen „Auslegung“ belegt. Je mehr er sich davor scheut, Russland zu verurteilen, und je mehr er Russland und Putin in seinen allzu symmetrischen und schlüpfrigen Erklärungen zum Krieg nicht erwähnt, desto mehr Medienaufmerksamkeit erhält er. Als er in einem Interview im Corriere della Sera die NATO mit bellenden Hunden verglich, bebte die gesamte demokratische Welt vor Ungläubigkeit, die an Empörung grenzte.

Wie kann man bloß! Der Papst zeigt Verständnis für Russland und will sogar zu Putin gehen (natürlich nicht zu Selenskyj) und beklagt, dass dieser ihn nicht empfangen will! Das ist ungeheuer und peinlich. Nun, das ist geheuer und völlig normal. Und dass die Medien dieser Angelegenheit so viel Aufmerksamkeit widmen, ist ein Symptom für einen altmodischen, reflexhaften Servilismus gegenüber der Kirche, der in der öffentlichen Meinung zu einer schädlichen und ungerechtfertigten Überzeugung führt, dass man von einer (angeblich) ethisch so maßgeblichen und edlen Institution wie dem Papsttum die Stimme der Weisheit, der Wahrheit und der Klugheit erwarten sollte. Ist das so? Und warum sollte das so sein? Es mag stimmen, dass die Aussagen von Franziskus Wirkung zeigen, da er für viele Menschen eine Autorität ist. Wenn er nicht gerade heraus sagt, dass Russland die Ukraine angegriffen hat und dass die Ukraine verteidigt werden muss, wird es zwangsläufig diejenigen geben, die unter dem Einfluss einer

solchen Erklärung der ukrainischen Sache skeptisch gegenüberstehen und weniger geneigt sind, die antirussische Koalition zu unterstützen. In diesem Sinne macht es Sinn, auf das zu hören, was Franziskus sagt.

Die Frage ist jedoch eine Frage der Proportionen. Wie viele Menschen kann der Papst zu „Symmetrierern“ für den Krieg in der Ukraine machen? Ein paar, mehrere Millionen? Wo? In Südamerika, in Europa? Ersteres vielleicht schon früher - mit Europa wäre ich vorsichtig. Wie auch immer, Bergoglios Einfluss ist nicht groß, und er wird auch nicht wegen des Gejammers der liberalen Medien abnehmen. Die Klientel des Vatikans liest oder sieht sie nicht einmal. Vielleicht ist es also besser, die Autorität der seit Langem kompromittierten (ein ungeschicktes Wort, denn wann war sie nicht „nicht kompromittiert“?) Kirche nicht dadurch zu stärken, dass man den Erklärungen ihrer Würdenträger, einschließlich des Papstes, so viel Bedeutung beimisst.

Die Kirche hat sich immer von Eigeninteressen leiten lassen und hat nie ein Regime oder einen Krieg verurteilt, wenn es nicht in ihrem Interesse lag. Sie hat nie etwas getan, was sie schwächen könnte, und deshalb hat sie nie bewusst etwas von ihren Ressourcen und ihrer Macht geopfert, um sich auf die Seite der Benachteiligten zu stellen. Und dies ist nicht nur eine Frage des allgemeinen Zynismus, sondern auch der offiziellen Doktrin. Denn die Kirche sieht sich selbst als Werkzeug Gottes und betrachtet ihre eigene Kraft und ihr Wachstum als Mittel zur Rettung und zur Annäherung an das Kommen Christi, der über die ganze Erde herrschen wird. Mit anderen Worten: Die Macht der Kirche bahnt sozusagen den Weg für die Macht Christi, des Königs, und geht ihr voraus.

Nach diesem Prinzip stellt sich die Kirche immer gleichzeitig auf die Seite des Stärkeren (und steht stärker zu ihm) und auf die Seite des Schwächeren (und steht schwächer bzw. weniger stark zu ihm). Dank dieser heiligen Doppelzüngigkeit, die sie mit Klugheit und Vorsicht erklärt, erhält sie Unterstützung von beiden Seiten des Konflikts.

Vielleicht eine Hand voll Beispiele. Die Kirche unterstützte eindeutig die aggressive Politik des Deutschen Ordens, der dem Papst unterstellt war, aber als es zum Krieg mit Polen und Litauen kam, erlaubte sie dem Feind, seine eigenen katholischen Kapläne einzusetzen, die dem polnischen König den Sieg wünschten. Die Kirche unterstützte Targowica und die Teilungen [Polens], bestrafe aber gleichzeitig nicht die patriotischen Priester, die vor Ort tätig waren. Sie hätten nützlich sein können, um den lokalen Mythos zu stärken, dass die Kirche die Hauptstütze des Polentums sei. Die Kirche stand fest auf Hitlers Seite und gewann sein Vertrauen in einem solchen Maße, dass sie die Verwaltung der nationalsozialistischen und dem Deutschen Reich unterstellte Slowakei erhielt. Der Priester, der 60 000 Juden ins Gas schickte, wurde zum Diktator. In den polnischen Territorien setzte der Papst deutsche Bischöfe ein. Nach dem Krieg gewährte der Vatikan hunderten von Naziverbrechern Unterschlupf.

Und so weiter. Gleichzeitig erlaubte er katholischen Priestern in Polen und einigen anderen Ländern, Soldaten für den Kampf gegen die Deutschen zu segnen, denen der deutsche Klerus natürlich einen viel nachdrücklicheren Segen erteilte, nämlich den eines Bischofs. Und all dies geschah trotz Tausender von Opfern unter den Priestern selbst. Diese Opfer und die heroischen Fälle von Priestern, die den Juden halfen, waren ein perfekter Deckmantel, um ihre sichere und eifrige Kollaboration mit Hitler zu verbergen. Wie könnte es auch anders sein, denn Hitler war der erste moderne Führer, der beschloss, die verbrecherische Gesetzgebung des Kirchenstaates (Ghettos und andere Formen der Erniedrigung der Juden) in das Recht seines Staates zu übertragen (in Form der so genannten Nürnberger Gesetze).

Die einzigen Kriege und Rebellionen, die die Päpste aufrichtig verurteilt haben, waren solche, die ein aktives antikatholisches Element enthielten, wie die Französische Revolution, die Republikaner während des Spanischen Bürgerkriegs oder die bolschewistische Revolution. Die faschistische Gewalt, insbesondere die von Tyrannen katholischen Glaubens, wurde immer mehr oder weniger offen von der Kirche unterstützt. In den meisten faschistischen Staaten (Italien, Spanien, Portugal) war die Kirche direkt an der Regierung beteiligt und die katholische Religion hatte den Status einer Staatsideologie.

In anderen Fällen hat die Kirche die herrschende Junta unterstützt, obwohl es auch innerhalb der Kirche eine antifaschistische Opposition gab. Wann immer dies geschah, wurde es energisch bekämpft. Das berühmteste Beispiel ist die südamerikanische Bewegung der Befreiungstheologie, die von Johannes Paul II. unterdrückt wurde, einem Papst, der direkt auf das abzielte, was Franziskus heute tut, nämlich den Symmetrismus. Er hatte die Angewohnheit, die Kriegsparteien „zur Besinnung aufzurufen“, als ob es keine Rolle spielen würde, wer der Angreifer und wer der Verteidiger war. Eine verräterischere und gemeinere

Form der Herablassung kann man kaum finden. Und das umso mehr, als derjenige, der „in der Mitte steht“, in den Augen der Menschen als unparteiisch und als „trennende Instanz“ erscheint. Mit diesem Trick konnten der Papst und die Bischöfe, die ihn nachahmten, sich selbst Ansehen verschaffen. Denn in den Augen der Gläubigen steht derjenige, der belehrt, über denen, die belehrt werden, und diese ihrerseits sollen ihm demütig zuhören.

Das alles ist ekelhaft, aber die Päpste, die keine Spaltungen haben (obwohl sie früher welche hatten, und zwar ziemlich viele), müssen eine solche Politik betreiben, wenn sie wollen, dass die Kirche weiterhin als Großmacht angesehen wird. Nur muss die Presse ihr dabei helfen, indem sie die Öffentlichkeit beruhigt, dass es sich um eine Sache mit Schlüsselbedeutung handelt, wie Herr Bergoglio auch zu sagen pflegte? Das glaube ich nicht.

Bergoglio fürchtet sich vor Putin, weil er weiß, dass die ohnehin schon sehr schwache katholische Kirche in Russland leiden wird, wenn er unhöflich zu ihm ist. Außerdem ist er alt genug, um sich angewöhnt zu haben, Moskau als das Zentrum der Orthodoxie zu betrachten, obwohl Kiew seit Langem mindestens genauso stark ist und auch Bukarest oder Athen (Istanbul) nicht schlecht dastehen. Vor allem aber denkt er in Kategorien von Großmächten - wie es sich für den Anführer der ältesten von ihnen gehört. Russland ist eine der Inkarnationen des christianisierten Roms, des Nachfolgers von Byzanz, und hat somit seinen Platz im „Plan der Erlösung“. Wenn man die Mentalität des Vatikans auch nur ein wenig kennt, kann man sich über Bergoglios Faszination für Putin nicht wundern. Das ist normal. Zucken Sie einfach mit den Schultern.

Zsfg.: AV

<https://hartman.blog.polityka.pl/2022/05/04/franciszek-putin-i-o-co-ta-wrzawa/?nocheck=1>

Eine schwache Stimme der Frauen in der polnischen Wirtschaft. Der Westen hat uns überholt



Quelle: wyborcza.biz

Der Westen hat uns bei der Vielfalt der Topmanager großer und mittlerer Unternehmen überholt.

Von Anita Błaszczyk

Während Polen noch vor sechs Jahren einen hohen Anteil von Frauen (30%) in Führungspositionen großer und mittlerer Unternehmen hatte, sind wir im Vergleich zu anderen EU-Ländern weit von der europäischen Spitze entfernt. Während westliche Unternehmen in den letzten Jahren die Diversität in ihren Vorständen stark erhöht haben, stagniert Polen in dieser Hinsicht, so ein Bericht der Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Grant Thornton, den die „Rzeczpospolita“ zuerst veröffentlichte. Katarzyna Nowaczyk, Direktorin bei Grant Thornton, weist auf die Veränderungen in der Unternehmenskultur im Westen hin, wo die Diskussion über Chancengleichheit in der Wirtschaft an Stärke gewinnt und beginnt, einen echten Einfluss auf Entscheidungen in Unternehmen zu haben. Zumal Investoren, Lieferanten und Kunden von den Unternehmen verlangen, dass sie ihren Slogans zur sozialen Verantwortung und nachhaltigen Entwicklung (ESG - Environmental, social, and corporate governance) gerecht werden.

Zu schwacher Druck

„Unter diesem Druck haben die Unternehmen oft keine andere Wahl, als ihre Antidiskriminierungsmaßnahmen zu demonstrieren“, so Nowaczyk. In Polen ist dieser Druck noch nicht

allzu stark, so Milena Olszewska-Miszuris, Ko-Vorsitzende des *30%-Clubs Polen*, eines Ablegers der globalen Initiative, deren Ziel es ist, einen Mindestanteil von 1/3 Frauen in den Vorständen von Unternehmen zu erreichen. Ihren Analysen zufolge wird der Frauenanteil in den Vorständen und Aufsichtsräten der 140 größten an der Warschauer Börse notierten Unternehmen Ende 2021 bei 16,6 % liegen. Das sind zwar 1,1 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, aber immer noch weit entfernt von 30 %, und in jedem fünften Unternehmen war keine einzige Frau im Vorstand vertreten.

„Frauen sind nicht nur in den Vorständen der Unternehmen in der Minderheit, sondern auch auf dem Kapitalmarkt: bei den institutionellen Anlegern, den Privatanlegern und den Börsenanalysten. Dies führt zu einer geringeren Vielfalt in den Aufsichtsräten, die wiederum weniger vielfältige Vorstände wählen. Wir alle haben das Nachsehen“, betont Olszewska-Miszuris.

Risiko der Einseitigkeit

Professor Andrzej Kozminski, Gründer und ehemaliger Rektor der Leon-Kozminski-Akademie, ist überzeugt, dass Vielfalt in den Vorständen von Unternehmen notwendig ist. Auch wenn es schwierig sei, das optimale Verhältnis von Frauen und Männern in den Führungsgremien des Unternehmens zu bestimmen, stehe fest, dass die Unterrepräsentation von Frauen in den Führungsgremien des Unternehmens dazu führe, dass die so genannten weichen, qualitativen Faktoren in den Entscheidungsprozessen vernachlässigt würden und diese dann zu einseitig seien. Und das wirkt sich negativ auf die Unternehmensergebnisse aus.

Zsfg.: JP

<https://www.rp.pl/praca/art36231711-slaby-glos-kobiet-w-polskim-biznesie-zachod-nas-przegonil>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: pressmania.pl

"Morawieckis gewaltsamer Eintritt in den französischen Wahlkampf an der Seite von Marine Le Pen gegen Macron im März dieses Jahres, bereits als auf Kiew Putins Bomben fielen, der Le Pen zur Zerstörung des Westens einsetzte, war eine Manifestation von bodenloser politischer und geopolitischer Dummheit, die für Polen sehr gefährlich ist.“

Cezary Michalski - ein polnischer slawistischer Philologe, Essayist, Prosaiker und Publizist

Quelle: <https://wiadomo.co/cezary-michalski-dlaczego-morawiecki-polknal-wlasny-jezyk/>

MEDIENSPiegel – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

dw.com/de

Ukraine-Geflüchtete: Polen will mehr Hilfe

<https://www.dw.com/de/ukraine-gefl%C3%BCchtete-polen-will-mehr-hilfe/av-61698150>

merkur.de

Ukraine-Krieg: 3,14 Millionen Flüchtlinge in Polen

<https://www.merkur.de/wirtschaft/ukraine-krieg-14-millionen-fluechtlinge-in-polen-91521121.html>

handelsblatt.com

Ärger mit Brüssel, Krieg im Nachbarland – Polen gerät in Schwierigkeiten

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/osteuropa-aerger-mit-bruessel-krieg-im-nachbarland-polen-geraet-in-schwierigkeiten/28295942.html>

tagesspiegel.de

EU-Strafen gegen Polen belaufen sich bereits auf 160 Millionen Euro

<https://www.tagesspiegel.de/politik/zuweisungen-wegen-justizreform-gestrichen-eu-strafen-gegen-polen-belaufen-sich-bereits-auf-160-millionen-euro/28300842.html>

dw.com

Ukrainische Waisenkinder in Polen: Kriegstrauma und Traum von der Heimkehr

<https://www.dw.com/de/ukrainische-waisenkinder-in-polen-kriegstrauma-und-traum-von-der-heimkehr/a-61634380>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus